

Allgemeine Kraftfahrtbedingungen (AKB)

Bearbeitet von
Wolfgang E. Halm, Andrea Kreuter, Hans-Josef Schwab

2. Auflage 2015. Buch. 2276 S. Gebunden
ISBN 978 3 472 08408 2

[Recht > Handelsrecht, Wirtschaftsrecht > Versicherungsrecht](#)

Zu [Inhaltsverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei



Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

Vorbemerkung vor §§ 113–124 VVG

dabei die neue Jahresprämie, die sich ggf. auf verschiedene Sparten (Kraftfahrzeug-Haftpflicht, Vollkasko, Fahrerschutz etc.) verteilt, entsprechend dieser Sparten enthalten.

Wird in den TB eine Vertragsstrafe wegen Nichtanzeige von Mehr-Fahrleistung oder mehreren Fahrrern o. ä. vereinbart, muss sich der Versicherer entscheiden: Will er sich auf Gefahrerhöhung berufen, dann kann er nicht gleichzeitig die Prämie den veränderten Gegebenheiten anpassen und die Vertragsstrafe fordern. Dies muss schon in den TB klargestellt sein⁹.

Vorbemerkung vor §§ 113 bis 124 – Pflichtversicherung –

1-13

Die Pflichtversicherung – genauer: die **Pflicht-Haftpflichtversicherung**¹ – ist das Kernstück zu den 1 Regelungen zur Haftpflichtversicherung. Die §§ 113 ff. VVG dienen ausschließlich² dem Schutz des Dritten. Hier ragt nach wie vor die Bedeutung des PflVG, insbesondere wegen des regelmäßig – und nicht nur ausnahmsweise – bestehenden Direktanspruchs gegen den Kfz-Haftpflichtversicherer nach § 115 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 VVG, heraus.

Pflichtversicherungen³ gibt es in erheblicher Anzahl aufgrund bundes- und landesgesetzlicher Regellungen für unterschiedlichste Lebensbereiche. Unter ihnen haben einige zumindest mittelbar auch 2 Bedeutung im Umgang mit Kraftfahrzeugen. Es sind hervorzuheben:

- Verkehrshaftungsversicherung (Güter- und Verspätungsschäden) nach § 7a GüKG
- Abfalltransport nach § 7 Abs. 2 Nr. 1e) TgV (Transportgenehmigungsverordnung)
- Beförderung gefährlicher Güter nach § 3 Abs. 1 Satz 4 GGBefG (Verordnungsermächtigung)
- Schaustellerhaftpflicht (hier insbesondere Personenbeförderung und Schaufahrten mit Kraftfahrzeugen) nach §§ 55f, 55 Abs. 1 Nr. 2 GewO i. V. m. § 1 Abs. 2 Nr. 3 SchauHV⁴
- Kraftfahrzeugwerkstätten⁵ zur Abgasonderuntersuchungen und Sicherheitsprüfungen nach Anlage VIIIC Ziffer 2.8 und 2.9 zur StVZO
- Überwachungsorganisationen⁶ nach Anlage VIIIb Ziffer 2.6 zur StVZO
- Kraftfahrzeuge und Anhänger mit ausländischem Standort nach § 1 AusPflVG
- Elektronische Mobilitätshilfen (Segway Personal Transporter) nach § 2 Abs. 1 Nr. 2 MobHV
- Veranstaltungen mit Kraftfahrzeugen außerhalb des öffentlichen Verkehrsraum (Moto-Cross-Rennen, Stock-Car-Rennen, Orientierungsfahrten nebst Trainingsfahrten) nach § 1 Abs. 3 Nds.VO über die Genehmigungspflicht für Veranstaltungen mit Kraftfahrzeugen in der freien Natur und Landschaft

Die gesetzliche Pflicht, der Zwang⁷ sich in einer bestimmten Form zu versichern, bedeutet immer 3 einen **Eingriff in Grundrechte**. Dabei sind Eingriffe in die verfassungsrechtlich geschützten Bereiche des Versicherungsnehmers, aber auch des Versicherers⁸ möglich. Grundrechte gelten auch für Versicherungsunternehmen als juristische Personen des Privatrechts, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind, Art. 19 Abs. 3 GG.

3

9 OLG Stuttgart, 25.07.2013 – 7 U 33/13.

1 Wandt, Versicherungsrecht Rdn. 1071; Brandt in Müko VVG, Vorbem. Zu §§ 113–127 VVG, Rn. 1; Bruck/Möller/Beckmann VVG-Kommentar, Band IV, vor §§ 113–124 VVG, Rn. 7.

2 Dallwig, Deckungsbegrenzungen in der Pflichtversicherung, Diss. 2011, S. 17.

3 BT-Drucksache 16/5497 S. 6 ff.

4 Schaustellerhaftpflichtverordnung vom 17. Dezember 1984 (BGBl. I S. 1598), geändert durch Artikel 12 des Gesetzes vom 10. November 2001 (BGBl. I S. 2992); wegen immer risikoreicherer Fahrgeschäfte auch mit Blick auf Art. 12 GG unbedenklich, Tettinger/Wank, Gewerbeordnung § 55f Rn. 2.

5 BGBl. I 2006, 493 ff., Anerkennung von Kraftfahrzeugwerkstätten zur Durchführung von Sicherheitsprüfungen und/oder Untersuchungen der Abgase sowie Schulung der verantwortlichen Personen und Fachkräfte.

6 BGBl. I 2002, 3580 ff. Anerkennung von Überwachungsorganisationen.

7 Brand in Müko VVG, Vor §§ 113–124 VVG, Rn. 3.

8 Bruck/Möller/Beckmann VVG-Kommentar, Band IV, vor §§ 113–124 VVG, Rn. 25.

vor §§ 113–124 VVG Vorbemerkung

- 4 4 Für den Versicherungsnehmer⁹ kommen – je nach Ausgestaltung – in Betracht, die Grundrechte aus:
 - Art. 2 Abs. 1 GG (allgemeine Handlungsfreiheit)
 - Art. 3 Abs. 1 GG (allgemeiner Gleichheitssatz)
 - Art. 9 Abs. 1 GG (negative Vereinigungsfreiheit)¹⁰
 - Art. 12 Abs. 1 GG (Berufsfreiheit)¹¹
 - Art. 14 Abs. 1 Satz 1 GG (Eigentumsgarantie),
da er sich versichern muss.
- 5 5 Eingriffe in Grundrechte des Versicherers¹² beruhen insbesondere darauf, dass er gesetzliche Mindestanforderungen an den Vertrag¹³ sowie Beratungspflichten zu erfüllen hat, § 6 VVG. Verschärft betroffen ist der Kfz-Haftpflichtversicherer als spezieller Pflicht-Haftpflichtversicherer.
- 6 6 Es werden insbesondere¹⁴ die Grundrechte aus:
 - Art. 9 Abs. 1 GG (negative Vereinigungsfreiheit)¹⁵
 - Art. 12 Abs. 1 (Berufsausübung – Kontrahierungszwang)¹⁶
 - Art. 14 Abs. 1 Satz 1 GG (Eigentum – eingerichteter und ausgeübter Gewerbebetrieb)¹⁷
angesprochen.
- 7 7 Die Eingriffe durch das VVG, des PfIVG und der KfzPfIVV sind vielfältig und in der Summe erheblich. Sie bedeuten nicht nur finanzielle Mehrbelastungen für die Pflichtversicherer im Schadensfall, sondern auch einen erheblichen Mehraufwand durch zusätzliche Verwaltungsmaßnahmen. Eingriffe zeigen sich an verschiedenen Stellen, so durch:
 - den Kontrahierungszwang¹⁸ mit Annahmefiktion beim Vertragsschluss nach § 5 Abs. 2 bis 4 PfIVG
 - die vorläufige Deckung nach Ausgabe der Versicherungsbestätigung, § 9 KfzPfIVV
 - die volle Leistungspflicht trotz Selbstbehalt nach § 114 Abs. 2 Satz 2 VVG
 - die Möglichkeit der unmittelbaren Inanspruchnahme durch den Geschädigten im Rahmen des Direktanspruchs nach § 115 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 VVG
 - die Besserstellung des Geschädigten bei der Verjährung, § 115 Abs. 2 VVG
 - die »Strafandrohung« bei schleppender Regulierung nach § 3a PfIVG
 - die Pflicht zur anteiligen Mitfinanzierung von Entschädigungsleistungen und Verwaltungskosten des Entschädigungsfonds »Verkehrsopferhilfe« nach § 13 Abs. 1 Satz 3 PfIVG

9 Hedderich, Pflichtversicherung, Diss. 2010, S. 144 ff.

10 Hedderich, Pflichtversicherung, Diss. 2010, S. 145 (zum Versicherungsvertrag); BGH Urt. v. 12.07.2006 – XII ZR 39/04, JurionRS 2006, 21208 = NJW 2006, 3056 = MDR 2007, 77 = NZM 2006, 775 (zum Begriff im privaten Vertragsrecht); Stern/Becker/Rixen Grundrechte-Kommentar, Art. 9 GG, Rn. 20.

11 Hedderich, Pflichtversicherung, Diss. 2010, S. 145 (insb. berufliche und gewerblich-industrielle Pflichtversicherungen).

12 Hedderich, Pflichtversicherung, Diss. 2010, S. 207 ff.; Dallwig, Deckungsbegrenzungen in der Pflichtversicherung, Diss. 2011, S. 104 ff.; Bruck/Möller/Beckmann VVG-Kommentar, Band IV, vor §§ 113–124 VVG, Rn. 25.

13 BVerfG Urt. v. 08.04.1997 – 1 BvR 48/94, BVerfGE 95, 267 = DÖV 1997, 545 = NJW 1997, 1975 = WM 1997, 873 (Vertragsfreiheit aus Ausfluss der allgemeinen Handlungsfreiheit in Art. 2 GG); Looselders/Pohlmann/Schwartz, VVG Kommentar, § 113 VVG, Rn. 3.

14 Epping/Hillgruber/Enders BeckOK GG, Art. 19 GG, Rn. 42.

15 BVerfG, Urt. v. 10.06.2009 – 1 BvR 706/08, BVerfGE 123, 186 = JurionRS 2009, 14825 = VersR 2009, 957 = NJW 2009, 2033 = DVBl. 2009, 904 = NZS 2009, 436 = DÖV 2009, 634 (Basistarif private Krankenversicherung).

16 BVerfG, Urt. v. 10.06.2009 – 1 BvR 706/08, BVerfGE 123, 186 = JurionRS 2009, 14825 = VersR 2009, 957 = NJW 2009, 2033 = DVBl. 2009, 904 = NZS 2009, 436 = DÖV 2009, 634 (Basistarif private Krankenversicherung).

17 BVerfG, Beschl. v. 31.10.1984 – 1 BvR 35/82, BVerfGE 68, 193 = JurionRS 1984, 11804 = NJW 1985, 1385 = MDR 1985, 818 = NVwZ 1985, 481 = DVBl. 1985, 342 (Innungen).

18 Looselders/Pohlmann/Schwartz, VVG Kommentar, § 113 VVG, Rn. 4.

Vorbemerkung vor §§ 113–124 VVG

- die fortbestehende Leistungspflicht gegenüber dem Verkehrsopfer trotz verschiedener Obliegenheitsverletzungen bei vertragswidrigem Verhalten des Versicherungsnehmers/Fahrers (Verstoß gegen Nebenleistungspflichten) nach § 117 Abs. 1 VVG
- das eingeschränkte Regressrecht bei Obliegenheitsverletzungen vor dem Schadensfall nach § 5 Abs. 3 KfzPflVV
- das eingeschränkte Regressrecht bei Obliegenheitsverletzungen im Schadensfall nach § 6 KfzPflVV
- die fortbestehende Leistungspflicht trotz Prämienverzug (Verletzung der Hauptleistungspflicht) mit vollem Regressrisiko nach § 117 Abs. 1 VVG
- die Leistungspflicht trotz Vertragsende nach § 117 Abs. 2 VVG
- das Aufrechnungsverbot nach § 121 VVG

Eingriffe sind immer nur dann zulässig, wenn **bedeutende Rechtsgüter** zu schützen sind und die **soziale Notwendigkeit** einer Pflichtversicherung die Eingriffe rechtfertigen.¹⁹ So liegt es beim »echten« Verkehrsunfallopfer²⁰ dessen Rechtsgüter Leib und Leben betroffen sind. Beim Schädiger sind es die Belastungen mit kaum überblickbaren Forderungen,²¹ die zur Vernichtung der wirtschaftlichen Existenz führen können.

Ein Eingriff allein zum Wohle des Staates, um nicht selbst für die Folgen aufkommen zu müssen, rechtfertigt dagegen eine Pflicht-Haftpflichtversicherung nicht. Allerdings kommen sie mittelbar auch dem Staat zugute.²²

Grund für die Einführung der Pflichtversicherung in der Kfz-Versicherung zum 01.07.1940²³ war es daher, den »Schutz der Verkehrsopfer wirksamer zu gestalten«.

Allein die besonderen Schutzzwecke in der Person des Verkehrsunfallopfers und in der Person des Schädigers zur Vorsorge für sich und Mitversicherte²⁴ schaffen die Rechtfertigung für den staatlichen Eingriff in die Grundrechte von Versicherungsnehmer und Versicherer.

Sinn- und Zweck der Eingriffsnormen sind daher die tragenden Kriterien für eine Auslegung. Sie bilden zugleich die Schranken für die Bestimmung der Verhältnismäßigkeit²⁵ des Eingriffs. Entsprechend wird eine allein am Wortsinn orientierte Auslegung den verfassungsmäßigen Anforderungen aus Art. 3 Abs. 1 GG (allgemeines Willkürverbot)²⁶ nicht gerecht. Regelmäßig Ungleiches darf nicht zum Nachteil des Versicherers gleich behandelt werden, z. B. nur um der Verwaltung oder den Gerichten die Arbeit zu erleichtern.

Die Grundlagen der Pflicht-Haftpflichtversicherungen dürfen daher bei der Gesamtbetrachtung nicht ignoriert werden. Sie sind folglich bei der Auslegung der folgenden **Ausnahme-Vorschriften** zwingend zu beachten.

¹⁹ Deiters, Die Erfüllung öffentlicher Aufgaben durch privatrechtliche Pflichtversicherungen, FS für Reimer Schmidt, S. 379 ff. (393); Hedderich, Pflichtversicherung, Diss. 2010, S. 9.; Micha, Der Direktanspruch im europäischen Internationalen Privatrecht, Diss. 2010, S. 67; Reiff, Sinn und Bedeutung von Pflichthaftpflichtversicherungen, TranspR 2006, 15 (20); Bruck/Möller/Beckmann VVG-Kommentar, Band IV, vor §§ 113–124 VVG, Rn. 21.

²⁰ Statt dem »unechten« Verkehrsopfer: Vertragspartner des VN oder dem Staat als Eigentümer von Straßeneinrichtungen, Näheres unter § 115 VVG Rdn. 75 ff.

²¹ Dallwig, Deckungsbegrenzungen in der Pflichtversicherung, Diss. 2011, S. 13; Brand in MüKo zum VVG, Vorb. Zu §§ 113 ff. VVG, Rn. 5.

²² Bruck/Möller/Beckmann VVG-Kommentar, Band IV, vor §§ 113–124 VVG, Rn. 17.

²³ RGBI, I, 1939, 2223.

²⁴ Bruck/Möller/Beckmann VVG-Kommentar, Band IV, vor §§ 113–124 VVG, Rn. 16.

²⁵ Bruck/Möller/Beckmann VVG-Kommentar, Band IV, vor §§ 113–124 VVG, Rn. 27.

²⁶ BVerfG Beschl. v. 01.07.1954 – 1 BvR 361/52, BVerfGE 4, 1 = JZ 1954, 548 = MDR 1954, 716 = NJW 1954, 1153 = DVBl. 1955, 21; BVerfG Beschl. v. 15.05.1984 – 1 BvR 967/83, BVerfGE 67, 90 = JurionRS 1984, 11749 = NJW 1984, 2147 = JZ 1984, 753.